



FDP

**Fraktion
Region Hannover**

Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion

Dieter Lüddecke

- es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2006

Allgemeines :

Heute verabschieden wir den letzten Haushaltsplan der laufenden Wahlperiode. Dies sollte auch Anlass sein, eine kurze Bilanz zu ziehen, bevor ich auf den Haushalt des nächsten Jahres eingehe.

Die FDP-Fraktion hat die Gründung der Region Hannover unterstützt und sie bekennt sich auch heute dazu, ohne je euphorische Erwartungen gehegt zu haben. Die Vorteile der Region liegen auf der Hand: Wirtschaftsförderung und Öffentlicher Nahverkehr in Planung und Durchführung aus einer Hand, einheitliches Konzept für Umwelt und Naherholung, Bündelung der Kräfte auf einer Ebene für Krankenhäuser, Gesundheitswesen und soziale Transferleistungen, um nur einige zu nennen. Nicht zu vergessen: Ein wesentliches Ziel der Regionsbildung war, einen Vorteils- und Lastenausgleich zwischen Landeshauptstadt und Umland zu erzielen. Dies wird heute bei Diskussionen zwischen Hannover und den Städten im Umland immer noch sehr unterschiedlich ausgelegt. Dennoch ist inzwischen vieles erreicht, der Regionspräsident hat Einzelheiten in seiner Rede genannt. Dass trotzdem an der Umsetzung der Regionsziele weiter intensiv gearbeitet werden muss, so glaube ich, ist uns klar. Vor allem in den Köpfen der Menschen ist die Region noch nicht verankert. Hier haben wir alle noch einiges zu tun, Verwaltung, Politik und auch die Medien. Die FDP-Fraktion ist bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten hieran mitzuwirken. Das hat allerdings nichts damit zu tun, dass unsere Fraktion in Einzelentscheidungen zur Umsetzung dieser Ziele häufig anderer Auffassung war als Verwaltung und rot-grüne Mehrheitsgruppe. Wir haben diese konträren Auffassungen hier artikuliert und anschließend konträr abgestimmt. Das ist unsere Aufgabe als Opposition, das werden wir auch in Zukunft so tun.

Nun ist, wie wir alle wissen, ein Punkt bei der Regionsgründung unzureichend gelöst - nämlich die Finanzierung der im Gesetz festgelegten Aufgaben. Wir stimmen als FDP-Fraktion dem Regionspräsidenten zu, wenn er feststellt, die Region sei unterfinanziert. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur erwähnen dürfen, dass in einer Phase, als für die Bildung der Region noch geworben werden musste, die damalige Landrätin Gertraude Kruse in vielen Veranstaltungen mit dem Argument von Ort zu Ort zog, durch Synergien seien Einsparungen von jährlich 80 Mio. DM zu erzielen. Dies hat sich anschließend genau ins Gegenteil verkehrt.

An dieser Stelle ergibt sich allerdings die Frage, wie wir heute mit dieser Erkenntnis umgehen. Auf Hilfe vom Bund oder Land zu warten, wie manche bei den Haushaltsberatungen in der Vergangenheit hier vorgetragen haben, bringt uns in der Sache nicht weiter. Wir müssen unsere Probleme schon selbst lösen, denn Bund und Land sind in der gleichen desolaten Haushaltssituation wie die Region Hannover. Und damit bin ich beim Thema, dem Regionshaushalt 2006.

Wir haben im Verwaltungshaushalt wiederum einen strukturellen Fehlbetrag von über 100 Mio. €. Da die Defizite der vergangenen Jahre nicht ausgeglichen werden konnten, müssen sie auf den laufenden Haushalt übertragen werden. So beläuft sich das Gesamtdefizit des Verwaltungshaushalts 2006 auf 212 Mio. €. Auch wenn wir als FDP-Fraktion das Sparbemühen der Verwaltung beim vorliegenden Haushalt ausdrücklich anerkennen, kann von einer Trendwende noch nicht gesprochen werden. Im Gegenteil: Im Jahr 2007 wird das Gesamtdefizit durch die Notwendigkeit des zusätzlichen Ausgleichens des Defizits aus den Vorjahren von rund 269 Mio. € wieder enorm ansteigen und sich insgesamt auf 449 Mio. € belaufen. Das bedeutet eine Verdoppelung zum Haushaltsjahr 2006 und weitere Erhöhung der teuren Kassenkredite. Das ist die Crux. Wenn wir so weiter machen, haben wir überhaupt keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr für die Region. Deshalb reicht es nicht aus, an der einen oder anderen Stelle Einsparungen vorzuschlagen, obwohl das in einem begrenzten Umfang noch möglich wäre. Wir haben in diesem Jahr bewusst darauf verzichtet, denn in der Vergangenheit sind diese Anträge von der Mehrheitsgruppe ohne Prüfung und weitere Diskussion grundsätzlich abgelehnt worden. Ich werde im Einzelnen noch darauf eingehen. Wenn die Region generell aus der Schuldenfalle heraus kommen will, müssen grundlegende Veränderungen diskutiert und vor allem umgesetzt werden.

Deshalb muss an dieser Stelle die Frage gestellt werden: Soll die Region alle übertragenen Aufgaben selbst erledigen oder sollte sie sich besser privater Unternehmen bedienen, die gleiche oder bessere Qualität liefern, und gleichzeitig die Region finanziell entlasten? Oder konkreter: Müssen wir Krankenhäuser mit starken Defiziten selbst betreiben oder können wir diese Aufgabe mittelfristig seriösen, am Markt etablierten Krankenhausketten übertragen, wie es die Mehrzahl der anderen Landkreise tut? Müssen wir Pflegeheime selbst betreiben oder können wir einen anderen Weg gehen? Es gibt in Niedersachsen kaum einen Landkreis, der eigene Pflegeheime unterhält. Müssen wir, wenn die Schulträgerschaft der allgemein bildenden Schulen bei den Städten und Gemeinden liegt, eigene Schullandheime unterhalten? Ich könnte diese Beispiele noch fortsetzen. Die Begriffe Outsourcing und Privatisierung spielen heute bei fast allen Landkreisen eine große Rolle, um die Finanzen in den Griff zu bekommen, nur nicht in der Region Hannover.

Im vergangenen Jahr fand im Sparkassenforum unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Wirtschaftsministers ein ganztägiges Symposium zum Thema Outsourcing mit sehr konkreten Lösungsansätzen statt. Die Verwaltung war lediglich durch die Finanzdezernentin vertreten, aus der Politik der rot-grünen Mehrheitsgruppe habe ich niemanden dort gesehen. Als dann im Anschluss daran die Redaktion der Hannoverschen Wirtschaftszeitung Interviews durchführte, hieß es aus der Verwaltung: Wir stehen Outsourcing positiv gegenüber. Als einziges Beispiel konnte die Vergabe von Reinigungsaufgaben im Regionsgebäude an eine private Firma genannt werden. Mehr war offensichtlich nicht zu berichten. Das reduziert zwar unsere Ausgaben, reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die Probleme des Regionshaushalts zu lösen. Im März 2006 soll die Entscheidung über den weiteren Weg der Alten- und Pflegeheime fallen. Ich kann jetzt schon prognostizieren, dass die Mehrheitsgruppe zu diesem Zeitpunkt, 6 Monate vor der Kommunalwahl, den Verkauf der Heime als ein Lösungsmodell ablehnen und dafür viele Gründe nennen wird. Man muss schon politisch blind sein, wenn man den gewählten Zeitpunkt für eine Zukunftsentscheidung über unsere Pflegeheime anders deuten will. Der Schwarze Peter soll dann offensichtlich der Opposition zugespielt werden, möglichst kurz vor der Kommunalwahl.

Ich verkenne nicht, dass besonders für die Übertragung der angesprochenen Aufgaben an Private bei der Regionsbildung Hürden aufgebaut wurden, wie z.B. der Kündigungsschutz bis 2011 bei gleichzeitiger Festschreibung gut dotierter BAT-Verträge oder die Rückzahlung von Investitionen bei den ehemaligen Landkreisheimen. Diese Hürden zu überwinden, kostet Zeit und vor allem Mut. Die Probleme sind auch nicht in wenigen Monaten oder einem Jahr zu lösen. Es wird ein bis drei Jahre, bei manchen Aufgaben vielleicht sogar vier Jahre dauern. Erfolg werden wir nur haben, wenn wir die Entscheidungen hierzu heute treffen und den Weg dann in den nächsten Jahren konsequent

weitergehen, unabhängig von Wahlterminen. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir das berühmte Licht am Ende des Tunnels niemals erblicken.

Bevor ich auf einige Detailpunkte im Verwaltungshaushalt eingehe, noch ein Wort zur Regionsumlage. Wir begrüßen, dass die Hebesätze unverändert bleiben. Wenn wir dies auch in Zukunft durchhalten, schafft das mehr Verlässlichkeit und zugleich Planungssicherheit bei den Haushalten unserer Städte und Gemeinden. In realen Beträgen kann das für uns eine Mehreinnahme bei sprudelnden Gewerbesteuern bedeuten, genau so aber auch Mindereinnahmen, wenn die Konjunktur eine erneute Delle verzeichnet. Das Risiko ist also verteilt. Nach meinen Informationen können die Bürgermeister mit dieser Regelung gut leben. Die FDP-Fraktion wird deshalb der vorgeschlagenen Regionsumlage zustimmen. In der Konsequenz heißt das aber auch, dass bei möglichen Reduzierungen der Ausgaben im nächsten Jahr diese Ersparnisse zur Minderung des Defizits genutzt werden und nicht zur Senkung der Regionsumlage im Folgejahr.

Der Regionspräsident hat in seiner Einbringungsrede zwei strategische Ziele für den Haushalt 2006 genannt: Er möchte bei der Regionsumlage mit denselben Hebesätzen auskommen wie 2005, und das Defizit im Verwaltungshaushalt sollte signifikant verringert werden. Wenn damit das strukturelle Defizit gemeint war, sind beide Ziele erreicht. Das können aber doch nicht alle Zielsetzungen für den Haushalt gewesen sein. Für die FDP-Fraktion muss das entscheidende Ziel sein, heute Entscheidungen zu treffen, die mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt in Aussicht stellen. Das geht nur über Outsourcing und Privatisierung von Regionsaufgaben und über einen konsequenten Abbau der Defizite der üstra.

Vermögenshaushalt :

Darüber hinaus ist es bei dieser Haushaltslage notwendig, klare Ziele im Vermögenshaushalt zu setzen. Bei 1,26 Mrd. € Ausgaben im Verwaltungshaushalt sind 41 Mio. € für Investitionen eigentlich ein viel zu geringer Betrag. Da wir durch gesetzliche Auflagen gebunden sind, lässt sich diese Summe leider kaum erhöhen. Umso notwendiger sind deshalb klare Prioritätensetzungen bei den Ausgaben. Für die FDP-Fraktion bedeutet dies: Es müssen Prioritäten für **Investitionen in die Zukunft** gesetzt werden, d. h. in erster Priorität **Arbeitsplätze, Bildung, Gesundheit und Mobilität**. Danach folgt Naherholung einschließlich Zoo und ganz zum Schluss ein Verwaltungsneubau. Die Verwaltung hat diese Prioritätenfolge ins Gegenteil verkehrt. Das allein ist Grund genug, diesen Haushalt abzulehnen.

Wie wichtig Investitionen sind, müsste jedem klar sein. Zunächst schaffen wir damit Arbeitsplätze, leider mit diesem Haushalt zu wenig. Zum anderen erhalten wir unsere uns anvertrauten Vermögenswerte. Deshalb ist es richtig, für die Sanierung der Berufsschulen wieder ca. 5 Mio. € im Haushalt einzusetzen, Geld für den Neubau der Janusz-Korczak-Schule einzuplanen und ebenso für die weitere Sanierung des Nordstadtkrankenhauses, was durch die Stadt Hannover in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt wurde. Auch ist es richtig, im investiven Teil des Haushalts 2 Mio. € für hannoverimpuls zur Verfügung zu stellen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bei der einseitigen Ausrichtung der Verkehrsinvestitionen auf die Schiene scheiden sich allerdings die Geister. Für den Erhalt der Regionsstraßen sollten jährlich Gelder bereitgestellt werden, wie das die FDP-Fraktion immer wieder gefordert hat. Wenn das wie in den vergangenen Jahren nicht erfolgt, dann wird nach Meinung neutraler Experten eine Generalsanierung nach 15 Jahren notwendig werden, was niemand in der Region bezahlen kann. Die Anhebung der Mittel in 2006 für die Kreisstraßenmeistereien wird von uns zwar begrüßt, sie erfüllen aber nicht den genannten Zweck, sondern dienen eher der Verkehrssicherheit.

Verwaltungshaushalt :

Zum Schluss möchte ich nur einige wenige Anmerkungen zu Einzelpositionen im Verwaltungshaushalt machen. Sie stehen exemplarisch auch für andere.

Im Haushaltsansatz der **Wirtschaftsförderung** können wir Verbesserungen im Verhältnis zu den vergangenen Jahren erkennen. Die Region Hannover hat beste Voraussetzungen für einen erstklassigen Wirtschaftsstandort in Deutschland. Eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur, anerkannte Hochschulen und der Welt größte Messen in Hannover sollten Garant für die Ansiedlung neuer Firmen und Wirtschaftswachstum sein. Stattdessen haben wir immer noch eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit als in anderen Teilen Niedersachsens. Hier ist neben der Region vor allem die Landeshauptstadt gefordert, auch ihrerseits zielführende Maßnahmen zu ergreifen. Durch die Region sind mit der Gründung der hannoverimpuls GmbH und der Einrichtung eines effizient arbeitenden Unternehmerbüros zwei wichtige Schritte in die richtige Richtung getan. Beides wird von uns unterstützt einschließlich der dazu notwendigen Haushaltsansätze. Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Jahren Kürzungen bei den Ausgabenansätzen der übrigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung sowohl bei den Betriebskosten der Verwaltung als auch bei den Zuschüssen an unsere Tochtergesellschaften vorgeschlagen, die von der Mehrheitsgruppe grundsätzlich abgelehnt wurden. Mit Genugtuung konnten wir ein Jahr später feststellen, dass genau diese Kürzungen mit Ausnahme der Ansätze für das TCH von der Verwaltung in den Haushalt eingearbeitet und politisch durchgewinkt wurden. Wir haben deshalb in diesem Jahr auf Kürzungsvorschläge verzichtet, obwohl wieder ein zu hoher Ansatz für das TCH im Haushalt steht. Den nächsten Haushalt beschließen wir nach der Kommunalwahl. Vielleicht werden dann mit anderen Mehrheiten solche Vorschläge sofort diskutiert und nicht mit einem Jahr Verspätung, weil manchen die Urheberschaft nicht gefällt.

Beim **Öffentlichen Nahverkehr** gewinnt die Vorbereitung unserer Verkehrsunternehmen auf den freien Wettbewerb zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang hoffen wir, dass die Konsolidierung der üstra unter ihrem neuen Vorsitzenden nachhaltigen Erfolg haben wird. Die hohen Defizite, die die Region in den vergangenen Jahren auszugleichen hatte, müssen schnell und deutlich reduziert werden, wenn das Unternehmen im Wettbewerb bestehen will und der Regionshaushalt nicht länger mit zusätzlichen zweistelligen Millionenbeträgen belastet werden soll. In diesem Zusammenhang warten wir noch immer auf eine Drucksache der Verwaltung zum Thema „marktorientierte Direktvergabe“ oder „europaweite Ausschreibung“. Welche finanziellen Vorteile der Regionshaushalt durch Ausschreibungen hat, sehen wir an der Vergabe der S-Bahn-Strecke Uelzen – Hannover – Göttingen an das Unternehmen metronom. Das hat allein der Region jährliche Einsparungen von 1,5 Mio. € gegenüber der Deutschen Bahn AG gebracht, die diese Strecke bisher betrieben hatte. Auf diesem Gebiet gibt es bei der üstra einen erheblichen Handlungsbedarf. Wenn ihr hier keine Fortschritte gelingen, läuft sie Gefahr, dass unsere Zuschüsse nach geltendem EU-Recht unter das sog. Beihilfeverbot fielen. Dass es auch anders und damit besser geht, beweist unser zweites Verkehrsunternehmen, die Regio Bus GmbH. Sie hält die geschlossenen Verträge exakt ein und beschert uns keine Defizite sondern eher Überschüsse. Nach Auffassung der FDP-Fraktion würde eine manchmal diskutierte Fusion dieser beiden Unternehmen keine Vorteile bringen. Da die Strukturen sehr unterschiedlich sind, muss jeder seine unternehmerischen Schularbeiten selbst machen, um sich in Zukunft am Markt zu behaupten. Im ÖPNV brauchen wir starke Verkehrsunternehmen mit wettbewerbsfähigen Preisen und keine neuen Gehry-Tower. Nur so können wir den Regionshaushalt mittelfristig entlasten ohne Verlust am Leistungsangebot. Eine Reduzierung unseres Leistungsangebots, das in der Vergangenheit mit mehr oder weniger Erfolg diskutiert wurde, wäre erst der letzte Schritt, um Ausgaben beim ÖPNV zu reduzieren. Bisher standen Einsparungen von 1 bis 2 Mio. € durch solche Maßnahmen auf der anderen Seite Mehrausgaben, die über die vertraglichen Leistungen hinausgingen, von 13 bis 23 Mio. € bei der üstra entgegen. Daraus lassen sich schnell die Prioritäten ableiten, mit denen die Kostenreduzierungen im Regionshaushalt angegangen werden müssen.

An dieser Stelle ein Wort zum Kombi-Ticket. Dies sollte unter allen Umständen erhalten bleiben.

Nur darf ein solches Verfahren der Region keine Verluste bringen, sondern es muss die Einnahmen verbessern. Zu zahlen hat die angebotene Leistung immer der Nutzer, also der Fahrgast. Wie das dann verrechnet wird, ist ein organisatorisches Problem. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, hier mit den Veranstaltern großer Events in Hannover zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

Bei der **Jugendhilfe** sind wir durch Pauschalierung der Zuschüsse zu Einsparungen gekommen. Hier hatte die FDP-Fraktion bereits vor zwei Jahren einen entsprechenden Antrag gestellt, nämlich Standards für alle Jugendämter der Region festzulegen, die von uns bezahlt werden. Darüber hinausgehende Leistungen sollten von den Städten und Gemeinden übernommen werden. Dieser Antrag zielte in die gleiche Richtung. Wenn heute die Verwaltung ein Konzept der Pauschalierung dieser Beträge erarbeitet und in nicht einfachen Verhandlungen mit den Städten durchgesetzt hat, dann wird dies von uns besonders begrüßt.

Beim **Umweltschutz** haben wir uns als FDP für die Verlängerung des Vertrages mit der Klimaschutzagentur bei einer jährlichen Grundfinanzierung von 100.000 € eingesetzt. Das Thema Klimaschutz wird aus den uns allen bekannten Gründen in Zukunft an Bedeutung gewinnen und das kompetente Team unserer Agentur hat bisher eine sinnvolle Arbeit geleistet, die fortgesetzt werden sollte. Bei den Kampagnen wünschten wir uns allerdings eine Rückführung der Windenergie zugunsten von Projekten für Energieeinsparungen und die Entwicklung anderer in Zukunft auch wirtschaftlich arbeitender regenerativer Energien. Davon profitieren zusätzlich kleine und mittlere Unternehmen in der Region.

Das Projekt „Hannoversche Moorgeest“, das zu 90 % von Bund und Land finanziert wird, trägt die FDP-Fraktion in vollem Umfang mit. Mit diesem Modellvorhaben soll eine herausragende Moorlandschaft im Norden der Region erhalten und entwickelt werden. Dies ist für uns eine sinnvolle Umweltmaßnahme, bei der wir die zehnpromtente Restfinanzierung in den nächsten Jahren sicherstellen sollten.

Das Thema **Naherholung** wird im Haushalt der nächsten drei Jahre durch das Projekt Gartenregion 2008 bestimmt. Hier wünschten wir uns mehr fachliche Kompetenz in der eigenen Verwaltung - die kann man entwickeln - und weniger teure Berater von außen. Auch für die einzelnen Projekte wünschten wir uns mehr Augenmaß und Realitätssinn als das bisher erkennbar war. Hier wird viel Geld ausgegeben, umso wichtiger ist eine strenge Kontrolle aller Maßnahmen.

Schlussbemerkung

In dem vorliegenden Haushalt sind insgesamt die Bemühungen der Verwaltung um Reduzierung der Ausgaben deutlich erkennbar. Für die Regionsumlage wurde eine vernünftige und für alle akzeptable Lösung gefunden. Bei den geringen freiwilligen Leistungen, besonders im sozialen Bereich, sind kaum Kürzungen vorgenommen worden. Mit diesen Beträgen kann man den Regionshaushalt ohnehin nicht sanieren. Dem stimmen wir in vollem Umfang zu, das sind für uns die positiven Aspekte. Der große Wurf ist mit diesem Haushalt allerdings nicht gelungen. Ansätze für Outsourcing oder Privatisierung werden nicht weiter verfolgt oder bleiben in einer theoretischen Analyse der Probleme stecken. Zur Umsetzung hätten wir uns mehr Tatkraft und Mut gewünscht. Der Wille, über mehr Wettbewerb die Kosten im ÖPNV zu senken und damit auch Druck auf die Verkehrsunternehmen aufzubauen, ist nicht deutlich genug erkennbar. Der Konsolidierungsplan, der bei solch hohen Defiziten zwingend vorgeschrieben ist, wird, so wie er aufgestellt ist, kaum Wirkung zeigen. Deshalb wird die Region, wenn die Mehrheit den Haushalt heute so beschließt, schon 2007 Defizite im Verwaltungshaushalt von über 400 Mio. € haben und damit weitgehendst Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Die FDP-Fraktion wird deshalb zwar der Regionsumlage zustimmen, den Haushaltsplan 2006 insgesamt jedoch aus den genannten Gründen ablehnen.